

Planungsdialog zum Nordzulauf BBT

Die Ankündigung des vormaligen Bundesministers Peter Ramsauer und dessen Nachfolgers Alexander Dobrindt, dass für die Planungen des Nordzulaufs zum Brennerbasistunnel erstmals ein transparenter Planungsdialog mit früher Bürgerbeteiligung von Anfang an durchgeführt werden soll, um strittige Ergebnisse wie Stuttgart 21 zu vermeiden, wird nun tatsächlich in die Tat umgesetzt.

Der Planungsdialog soll es ermöglichen, alle Alternativen kennen zu lernen und dann ohne die bisherige Geheimnistuerei auch auf ihren Sinn und ihre Wirtschaftlichkeit zu überprüfen.

Derzeit werden verschiedene Gremien unter Führung der DB Netz AG gebildet, die die Voraussetzungen für die Findung eines Ergebnisses herausfiltern sollen, das sowohl von der breiten Öffentlichkeit als auch vom Betreiber DB Netz AG akzeptiert wird und von den letzten politischen Entscheidungsträgern mitgetragen werden müsste.

Auf der ersten Ebene sind sämtliche **Gemeinden** zwischen dem Anschluss in Tirol bis Rosenheim links und rechts des Inns vertreten. Dabei werden jeweils kleinere Gruppen mit Vertretern von links und rechts des Inns zusammengefasst, wobei jede Gemeinde bis maximal 5 Vertreter aufstellt, die Vorschläge für eine neue Bahntrasse machen.

Auf der zweiten Ebene ist das **Regionalforum** und der **Projektbeirat** angesiedelt. Diese Ebene bewertet die Vorschläge der ersten Ebene und kann auch zusätzliche Vorschläge für die Weiterführung ab Rosenheim einbringen. Es ist derzeit nicht die feste Vorgabe, dass zwei neue Gleise von Rosenheim auch bis München führen müssen, sondern dass Alternativen für die Umfahrung des Güterverkehrs von München Vorrang haben. Somit auch der Ausbau der direkten Verbindung von Regensburg über Mühldorf - Freilassing, der die Brennerachse wesentlich entlastet.

Das Regionalforum besteht aus den Kammern, verschiedenen Verbänden und auch der **Inntal Gemeinschaft e.V.**

Damit ist erstmals das politische Versprechen der direkten Bürgerbeteiligung umgesetzt, so dass wir als Bürgerinitiative unser gesamtes bisheriges jahrelanges Engagement direkt einbringen können.

Der Projektbeirat besteht sämtlich aus politischen Vertretern, den Abgeordneten, dem Landrat und der Bürgermeisterin von Rosenheim.

Die von der zweiten Ebene gefundene Alternative wird dann erstmals objektiv auf ihre Wirtschaftlichkeit überprüft und Gutachtern zur Vorlage der Nutzen-Kosten-Rechnung übergeben. Deren Berechnung wird von den genannten Gremien genau geprüft, sämtliche errechneten Daten müssen belegt und begründet sein.

Erst wenn diese überprüfte Nutzen-Kosten-Berechnung einen annehmbaren Wert über dem Faktor 1 ergeben hat, darf dann die konkrete Planung für die gefundene Bahntrasse überhaupt beginnen. Ansonsten ist sie gesetzlich mangels Nutzen verboten.

Es kann also durchaus im Ergebnis passieren, dass wir jahrelang gemeinsam eine Trasse im Inntal suchen und dass dann das Ergebnis mangels aktuellem Nutzen nicht umsetzbar ist.

Dieses Verfahren ist ehrlich und objektiv, wenn es tatsächlich wie vorgesehen vorerst nur dazu dient, eine in der Öffentlichkeit akzeptierte Trasse für die Zukunft festzulegen, deren Bedarf jedenfalls derzeit nicht begründet wäre. Aber mangels langfristiger Vorhersehbarkeit der Verkehre im Fall eines heute noch nicht erkennbaren Bedarfs stünde sie dann ohne Zeitverlust zur Verfügung .

Damit wird unserer Jahre alten Forderung nach objektiver Bewertung der Notwendigkeit einer neuen Schnellbahntrasse im Inntal und einer Aufteilung der Güterverkehre auf die kürzesten Wege Rechnung getragen.